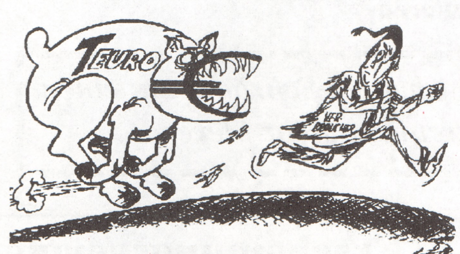
Der Insel Bote

„Zwischen den Zeilen gelesen“

Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Insel Usedom und Ostvorpommern

Jahrgang 2002/Ausgabe 02 — Insel Usedom, März/April

Über 80% aller Deutschen waren und sind bis zuletzt gegen den Euro!



Durch das geschickte agieren aller bisherigen Volksvertreter in der brd ist nun das „große Werk“ vollendet! Die Preise steigen... Lebenserhaltungskosten sind für einige Familien kaum noch tragbar! Einige haben davor gewarnt, einige haben sich gewehrt. Jetzt ist er da, der TEuro! Der endgültige Bankrott Deutschlands ist nun durch die Brüsseler Eurokraten und nicht zuletzt durch die Etablierten Parteien abgesegnet! Wir sagen ***DANKE!!!***

Mehr zum €uro auf Seite 2

Pleitewelle vernichtet 500 000 Arbeitsplätze

Deutschland steuert auf Rekord bei Insolvenzen zu

Der Konjunkturbericht hat 2001 mehr Pleiten verursacht als je zuvor. Rund 500 000 Arbeitsplätze gingen verloren. Der Schaden beläuft sich auf 63 Milliarden Mark

Angesichts solcher Schlagzeilen dürfte dem „Kanzler der ruhigen Hand“ dieselbige doch ganz schön zittrig werden........

Fortsetzung Seite 2

Ham'se schon gehört wat die Nazis sagen?

Die BRD ist bankrott und zwar auf ganzer Ebene. Geld ist keines mehr vorhanden, die Staatsverschuldung steigt von Tag zu Tag. Durch steigende Arbeitslosigkeit und Konjunkturschwäche reicht das Geld mal gerade noch um die Zinsen für die Auslandsschulden aufzubringen. Lösung der Volksvertreter: fehlt Geld an einer Stelle nehmen wir eben was aus einem anderen Bereich heraus. Dort fehlt es dann zwar aber dafür gibt es ja Auslandskredite. Und bleibt etwas übrig, dann leistet man halt noch Aufbauhilfe: siehe Kosovo, Afghanistan...

Fortsetzung Seite 4

Demonstration am 23. März in Neubrandenburg

Motto:

„Deutscher Widerstand gegen linke Gewalt und rot-rote Politik“

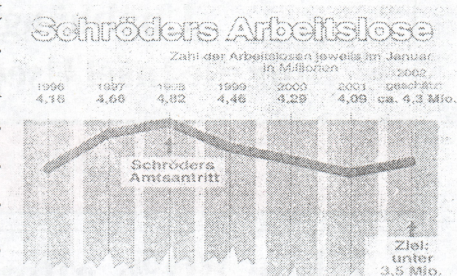
Treffpunkt:	Kontakttelefon:
Hauptbahnhof Neubrandenburg	0174/5204416 oder 0177/8149024

Treffpunkt: 10.00 Uhr - Beginn: 12.00 Uhr

Fortsetzung von Seite1

Pleitewelle vernichtet 500 000 Arbeitsplätze...

Schröder, der noch bei seinem Amtsantritt 98 siegessicher und voller Optimismus verkündete, die Arbeitslosenzahlen innerhalb einer Amtsperiode auf 2 Mill. zu senken, dürfte es mittlerweile bitter bereuen den Mund so vollgenommen zu haben. Mochte man seinen Worten, wenn überhaut, auch nur ein bißchen Glauben schenken, so kann man nun feststellen daß Schröder nicht mehr von seinem Handwerk versteht als sein Vorgänger. Stand der brd-Kanzler bis vor kurzem noch in gewohnter Machermanier auf der Bühne der Politik, so müßte er jetzt hochrot anlaufen aus Scham über sein Versagen. Anhaltend Konjunkturschwäche, wirtschaftlicher Abschwung, Finanzierungsprobleme im Mittelstand sowie Versagen in der Arbeitsmarktpolitik sind nur einige Gründe für die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen. Doch auch das Zusammenschließen von Großkonzernen (z.B. Autobranche, Mobilfunkanbieter) führt immer wieder zum Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Fusion zweier Ölkonzerne, welche die Schließung von rund 3000 freien und privaten Tankstellen zufolge hat.



Die Zahl der dadurch wegfallenden Stellen dürfte bei weitem höher liegen. Das durch Fusionen künstlich erschaffene Monopol erlaubt es dessen Besitzern die Preise für ihre Produkte extrem zu senken. Kleinere Firmen und Betriebe die diesem enormen Preisdruck nicht standhalten können müssen ihre Existenz aufgeben womit der Wirtschafsbelebende Konkurrenzkampf entfällt. Aber auch in Sachen Politik haben die Heeren Wirtschaftsbosse ein schweres Wort mitzureden und das wird nicht zum Wohl von Völker und Nationen ausfallen, sondern vielmehr zum erhalt ihres Geldes und ihrer Macht. Es wird auch weiterhin alles daran gesetzt werden das der vom angeblichen "Wohlstand und totaler Freiheit" geblendete Mann das macht was Ihre Macht aufrechterhält, **nämlich konsumieren.**

> ***„3,8 Millionen Menschen haben keinen Job und wollen arbeiten. Schröder hat einen Job und will nicht arbeiten"*** *CDU - Generalsekretär Laurenz Meyer*

DAS EURO - MÄRCHEN

Sie haben wirklich daran geglaubt, daß man Stroh zu Gold spinnen kann, aus Fäkalien Bonbons macht oder aber aus dem Euro eine stabile Währung? Erinnern Sie sich noch an die Sprüche unserer Herren Politiker, welche Vorteile uns die Euro-Währung bringen wird? „Der Euro wird so stabil sein wie die DM!" „Die Euro-Zone wird 2002 zur Konjunktur-Lokomotive der Weltwirtschaft!" „Der Euro wird dem Dollar als Anlage- und Reservewährung Konkurrenz machen!" In Wirklichkeit hat der Euro seit seiner Verrechnungs-Einführung vor drei Jahren gegenüber 48 Währungen der Welt an Wert verloren (zum Dollar 30% von 1,17 auf 0,89). Der Tatsache bewußt verkündet der Kanzler „Der schwache Euro ist eine Freude für den Export!" und verschweigt, daß durch den Verfall des Euro die Importpreise und damit die Inflationsrate steigen.

Wenn die Einführung des Euro wirklich nur Vorteile mit sich bringt, warum mußten dann die 180 Mitarbeiter der „Groupeuro", die auf der Gehaltsliste der EU-Kommission stehen und für den Euro werben sollten, sich schriftlich verpflichten, die Vorzüge zu betonen, aber die Nachteile zu verschweigen? Warum wird den Bürgern verschwiegen, daß US-Ökonomen mitsamt Notenbank-Chef Alan Greenspan *(„Der Euro wird kommen, aber keinen Bestand haben")* die Einführung für ein Vorhaben „bar jeder ökonomischen Vernunft" halten? Wie stabil die Kunstwährung Euro seit der Einführung wirklich ist dürfte wohl auch der letzte Deutsche mitbekommen haben, anhand der ständig steigenden Lebenskosten.

Und weiter geht's, mit schleichendem Schritt dem Abgrund entgegen.

Erscheinungsvermerk

Der Insel Bote
Postfach 11 20
17429 Bansin
Telefon: 0171/1238074
Fax: 038378/80908
E-Post: inselbote@firemail.de

Redaktion: Enrico Hamisch, Michael Vedder, Andreas Kühn

Unterstützungskonto:
Postbank Hamburg
Kontonummer: 427 448 208
Bankleitzahl: 200 100 20
Zweck: Unterstützung
Kontoinhaber: Andreas Kühn

Kein gewerbliches Unternehmen. Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig.

Herausgegeben, selbst hergestellt im Eigendruck und verantwortlich redigiert von Enrico Hamisch
Postfach 11 20, 17429 Bansin

Europäische Meinungs"demokratur"

Zur Unterbindung der Freien Meinungsäußerung in ganz Europa soll die sogenannte „Volksverhetzung" innerhalb der Europäischen Union gleich bestraft werden. Das soll heißen, daß es europaweit nicht mehr möglich ist, Informationen einzuholen, die in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes verboten sind! Systemgegner und Zeitgenossen, die dem Plutokratie-Staaten in Europa feindlich gegenüberstehen und dies in Wort, Schrift und Bild zum Ausdruck bringen, werden meist der „Volksverhetzung" bezichtigt. Das eine wahrhafte Volksverhetzung im großen Stil stattfindet, scheint niemanden zu interessieren! Wenn linke Chaoten auf der Straße zur Gewalt gegen nationaldenkende Menschen aufrufen oder unsere Großväter anhand von Fotomontagen als Verbrecher hingestellt werden, dann bleibt dies straffrei. Jegliche Kritik an der offiziellen Geschichtsschreibung ist jedoch verboten und wird unter dem Paragraphen der Volksverhetzung geahndet. Wie schnell es zu einer Volksverhetzung kommt, können wir Ihnen leider nicht aufzeigen, da dies ja im eigentlichem Sinne schon eine Volksverhetzung ist. Aus diesem Grund muß *Der Insel Bote* jedes Mal von einem Anwalt gegengelesen werden. Ansonsten würde uns sicherlich schon der ein oder andere Musterdemokrat daran hindern unser Recht auf Pressefreiheit wahrzunehmen. Wie Sie sehen, gibt es in Deutschland mehrere Arten von Meinungen, die gestattete und die nicht gestattete! Und dieses Phänomen europaweit auszudehnen wäre für die Demokratie in der angebliche „Freien Welt" ein herber Rückschlag. Nicht umsonst haben sich ehemalige DDR-Bürgerrechtler über die Zustände in der BRD ausgelassen. In einem offiziellen Schreiben vergleichen sie diesen Staat nun schon mit dem totalitären Staat DDR! Wenn Sie Interesse an diesem Schriftstück haben, wenden Sie sich bitte an unser Redaktionstelefon.

Laut Informationen der PHI (Politische Hintergrundinformationen) müssen die Mitgliedsstaaten der EU nun das Rahmenabkommen billigen, damit dieses Vereinbarung in Kraft treten kann. Da bleibt nur noch zu sagen... Europa - Gute Nacht!

Der „mündige" und „freie" Bürger in



der zivilisierten Welt!

Otto Schily

Vom Innenminister zum BGS Beamten?

Wir konnten es einfach nicht lassen uns noch einmal mit der Person Otto Schily etwas auseinander zu setzten. Unermüdlich und fest entschlossen zeigte er sich im Kampf gegen „Rechtsextremismus" und dem Basteln von Sicherheitspaketen gegen den weltweiten Terrorismus. Das NPD Verbotsverfahren sollte nun das Gesellenstück werden, natürlich unter den kritischen Augen der „Parlamentarier" und der breiten Öffentlichkeit. Nun, um das Sicherheitspaket bezahlen zu können, mußte unter anderem die Tabaksteuer erhöht werden. So stecken wir uns, statt üblich einer Zigarette, gleich ein Dutzend an und Sterben mit „Sicherheit(´spaket)" an Lungenkrebs. Das NPD Verbotsverfahren, welches von Anfang an von blindem Aktionismus angetrieben, eingeleitet worden war, konnte nur scheitern. Von den un-„rechtsstaatlichen" Methoden gegen einige Parteimitglieder der NPD angefangen bis hin zu den V-Mann Affären. Eingeschleuste Agenten in zum Teil in hohen Führungspositionen der NPD, betätigten sich außerhalb jeglicher Rechtsstaatlichkeit als Provokateure, begingen vorsätzlich Straftaten (Volksverhetzung-Brandstiftung) oder stichelten Mitglieder auf, solche zu begehen. Schily behauptet nun, daß er von all dem nichts wußte. Böse Zungen behaupten jedoch das Gegenteil und sind der Meinung, er habe sich vorsorglich schon mal auf eine berufliche Veränderung eingestellt. Bei dem wirklich eindrucksvollen Bild handelt es sich demnach um eine Aufnahmeprüfung für den Dienst beim Bundes Grenzschutz.



Flexibel müsse man sein auf dem heutigen Arbeitsmarkt, wenn's im alten Tätigkeitsbereich nicht mehr so klappt. Wir halten die Geschichte eher für Spinnerei.

Fortsetzung von Seite 1

Ham´se schon gehört wat die Nazis sagen?

Wie schaut´s im sozialen Bereich aus? Arbeitslosengeld/hilfe und Sozialhilfe werden nach und nach abgeschafft. Nicht etwa aus dem Grund, das es genug Arbeit gebe, daher muß ein arbeits- und müheloses Einkommen abgeschafft werden, nein Arbeit ist nicht vorhanden und somit niemand, der das Geld aufbringen könnte um für die Unterstützung aufzukommen. Hinterrücks versucht man den Bürger darauf einzustellen private Renten und Krankenversicherungen abzuschließen. Woher soll auch das Geld für die Rente kommen, wenn die Kluft zwischen den Leuten im arbeitsfähigen Alter bis zum Rentenalter immer größer wird und durch fehlgeleitete Familienpolitik ein ständig wachsender Geburtenrückgang zu verzeichnen ist? Die Finanzlöcher bei den Krankenkassen werden ebenfalls immer größer. Wer nicht selber in der Lage ist in Zukunft die medizinische Versorgung zu bezahlen wir bald kein Anrecht mehr darauf haben. Größte Frechheit, einige Krankenkassen spekulieren mit unseren Beitragszahlungen in Millionenhöhe an der Börse. Verluste in Millionenhöhe, die bei diesen Geschäften ja nicht ausbleiben, führen wiederum dazu, daß die Beiträge kurzerhand erhöht werden. Soziale Dienstleistungen wie Altenheime, Kindertagesstätten, Behindertenzentren, Jugendschutzorganisationen, soziale Bildungsträger, Krankenpflege und -betreuungsdienste sowie Lebenshilfeeinrichtungen sind der Europäischen Union ein Dorn im Auge und passen nicht in das europäische Wettbewerbsrecht. Zitat: *„Das ist eine Branche die weder dem Staat zuzuordnen ist noch dem gewerblichen, Gewinnorientierten Markt“!* Das bedeutet, diese sozialen Einrichtungen werden (wie es sein sollte) vom Statt finanziell unterstützt. Da dieser aber kein eigenes Geld mehr besitzt und die EU das Taschengeld einteilt sehen die Herren in Brüssel es nicht mehr ein in Dienstleistungen zu investieren, die keinen Profit bringen. Die Gesetze sollen insofern geändert werden, daß private Investoren diese Bereiche Profit bringend betreiben können. Wer dann also nicht zahlen kann bleibt auf der Strecke! Nun haben wir die angepriesene uneingeschränkte Verbundenheit mit den USA samt ihrer kapitalistischen, volkszer-störender Staatsform in der die Politik nicht vom Volk, sondern der Börse und Großkonzernen gelenkt wird.

Aber egal, daß ist bestimmt bloß wieder so´ne Propagandalüge der Nazis

Angemerkt

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen Schuldenlast von 1,2 Billionen Euro! In jeder Sekunde kommen 1300 Euro Schulden dazu, damit ist jeder Bürger vom Säugling bis zum Greis mit 14.800 Euro Staatsschulden belastet.

Armes Deutschland!

Deutsche Hebammen entschuldigen sich für Geburtshilfe

Bei der kürzlich in Südafrika tagenden Antirassismus-Konferenz bat der nicht nur in der Kleidung gewandelte bundesdeutsche Außenminister im Namen der an den Kolonial- und Sklavereiverbrechen am aller-aller-aller-unschuldigsten Deutschen untertänigst um Vergebung. Aber der Herr Fischer ist leider kein Einzelfall, er liefert nur ein besonders herausragendes Beispiel einer schier unbegreiflichen Umerziehung. Diese geistig-Seelische Verirrung hat nun auch schon auf die Hebammen übergegriffen: **In den >Kreisnachrichten Calw< vom 24/25 November 2001 konnte man folgende Erklärung lesen:**

> Hebammen-Verband entschuldigt sich<

Karlsruhe (Isw) Der Bund Deutscher Hebammen (BDH) hat sich erstmals offiziell vom Wikren seines Vorgängerverbandes „Reichsfachschaft“ in der Nazi-Zeit distanziert. „Der BDH schuldet den Opfern ein klares Bekenntnis und die Übernahme von Verantwortung“, sagte die BDH-Präsidentin Magdalene Weiß am Freitag in Karlsruhe. Viele Funktionsträgerinnen der „Reichsfachschaft Deutscher Hebammen“ seinen „Mittäterinnen“ im NS-System gewesen. Nach neuren Forschungsergebnissen war die „Reichsfachschaft“ ein straff nach dem Führerprinzip organisierter Verband, der strikt auf die Verwirklichung der nationalsozialistischen Erbgesundheit- und Rassenideologie ausgerichtet war.

Armes Deutschland! Nun fehlt nur noch, daß die Hebammen sich strikt demokratisch zur Verwirklichung der heute herrschenden Abtreibungsideologie verpflichten.